

## Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche  
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet  
unter: [www.hamburg.de/wochendienst](http://www.hamburg.de/wochendienst)

Nr. 25

vom 14. August 2009

Redaktion: Katja Richardt

## Wahlen

Endgültig: Die Hamburger Wahlkreisbewerber der „PARTEI“ kommen nicht auf die Stimmzettel .....	3
Bundestagswahl 2009: Freuen Sie sich auf Ihre Wahlbenachrichtigung! .....	4

## Wirtschaft und Hafen

Senat beschließt „Haus des Waldes“ im Rahmen des Konjunkturprogramms II des Bundes .....	6
Fahrrinnenanpassung von Unter- und Außen-elbe. Bund und Hamburg aktualisieren Zeitplan .....	7
Innovations- und Konjunkturförderung mit Laser .....	8
Neuer Liegeplatz für Kreuzfahrtschiffe in Altona wird in Betrieb genommen .....	11

## Stadtentwicklung und Umwelt

5 Millionen Euro für Lärmschutzfenster .....	13
Highlights im Herbst - das Programm-Magazin der Dritten Hamburger Zukunftswochen .....	15

## Schule, Jugend und Berufsbildung

STÄRKEN-vor-Ort-Projekte in Neuwiedenthal starten .....	16
Zusätzliche Leistung für bedürftige Schülerinnen und Schüler .....	19

## Soziales, Familie und Gesundheit

TheaterSprachCamp 2009 .....	21
Strahlenschutz für Minderjährige .....	22
Radeln für DRUGSTOP .....	24

## Wissenschaft und Forschung

Abschlussbericht der Online-Diskussion zur Uni-Bauentwicklung liegt vor .....	26
HSBA Hamburg School of Business Administration erhält unbefristete staatliche Anerkennung .....	31

Neue Studiengänge sowie Verleihung akademischer Grade am Euro Business College (EBC) Hamburg .....	33
3. Nacht des Wissens in Hamburg am 7.11.2009 .....	35
Sanierung und Neubau auf dem Schwarzenberg .....	36
Wissenschaftsbehörde und Hochschulen unterzeichnen Memorandum zur Qualitätsverbesserung der Bologna-Reform (Hamburger Studienreform).....	39

## Zur Information

Alte Personenstandsbücher nun im Staatsarchiv zugänglich.....	43
Neuer Radwanderweg in der Metropolregion Hamburg .....	44
Terminkalender .....	45

5. August 2009/bfi05

## **Endgültig: Die Hamburger Wahlkreisbewerber der „PARTEI“ kommen nicht auf die Stimmzettel**

In seiner heutigen Sitzung hat der Landeswahlausschuss Hamburg zwei Beschwerden der „Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (Die PARTEI)“ gegen die Entscheidungen der Kreiswahlausschüsse Altona und Eimsbüttel verworfen.

Die Kreiswahlausschüsse Hamburg-Altona und Hamburg-Eimsbüttel hatten in ihren Sitzungen vom 31. Juli 2009 die Kreiswahlvorschläge der „PARTEI“ nicht zur Bundestagswahl 2009 zugelassen. Diese Entscheidungen begründeten sie damit, dass der Vereinigung „Die PARTEI“ die notwendige Anerkennung als Partei durch den Bundeswahlausschuss in dessen Sitzung vom 17. Juli 2009 verwehrt wurde. Nach Diskussion in der Sitzung vom heutigen Tage wurde die Nichtzulassung der Kreiswahlvorschläge nun durch den Landeswahlausschuss bestätigt. Die Entscheidung des Bundeswahlausschusses, die „PARTEI“ nicht nach § 18 Abs. 4 Bundeswahlgesetz als Partei anzuerkennen, ist für alle nachfolgenden Wahlorgane und somit auch für den Landeswahlausschuss und die Kreiswahlausschüsse bindend.

### **Für Rückfragen:**

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,  
Thomas Butter, Tel. 040 – 42839-2678  
Fax 040 – 42839-2797; E-Mail: [pressestelle@bfi-a.hamburg.de](mailto:pressestelle@bfi-a.hamburg.de)  
[www.innenbehoerde.hamburg.de](http://www.innenbehoerde.hamburg.de)

### **sowie:**

**Landeswahlamt, Asmus Rösler, Tel. 040 – 42839-1732**

7. August 2009/bfi07

## **Bundestagswahl 2009:**

### **Freuen Sie sich auf Ihre Wahlbenachrichtigung!**

**Landeswahlleiter Willi Beiß: „Mit der Post kommt jetzt Ihr Wahlrecht schwarz auf weiß ins Haus - machen Sie davon Gebrauch!“**

Im Briefzentrum Altona geht wieder die Post ab: 1.254.607 Wahlbenachrichtigungen zur Bundestagswahl stellt die Deutsche Post in diesen Tagen an alle Wahlberechtigten in Hamburg zu. Diese Wahlbenachrichtigung sollte jeder zur Bundestagswahl am 27. September 2009 in das Wahllokal mitbringen, dessen Anschrift auf der Wahlbenachrichtigungskarte angegeben ist.

Mit der Wahlbenachrichtigung kann aber auch Briefwahl beantragt werden. Wie einfach das geht, wird auf der neu gestalteten Wahlbenachrichtigung gut verständlich erklärt. Wer per Brief wählen möchte, muss dafür keinen Grund mehr angeben. Aber das Geburtsdatum nicht vergessen! Diese Angabe ist beim Briefwahantrag erstmals zur Bundestagswahl 2009 gesetzlich vorgeschrieben. Die Stimmzettel für die Briefwahl stehen bereits sechs Wochen vor dem Wahltag, nämlich ab Montag, 17. August 2009, zur Verfügung.

**Landeswahlleiter Willi Beiß:** „Die Wahlbenachrichtigung erhält nur derjenige, der im Wählerverzeichnis als ‚wahlberechtigt‘ steht. Mit der Post kommt sozusagen Ihr Wahlrecht schwarz auf weiß ins Haus - machen Sie davon Gebrauch!“

Übrigens: In Hamburg werden ca. 26.000 Bürgerinnen und Bürger mehr zur Wahlurne gerufen als bei der letzten Bundestagswahl 2005. Der Versand der Wahlbenachrichtigungen kostet 266.604,99 Euro. Weitere interessante Zahlen zur Bundestagswahl 2009 in Hamburg:

**Anlagen:** Zahlen zur Bundestagswahl 2009 und Muster der Wahlbenachrichtigung.

#### **Für Rückfragen:**

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,  
Thomas Butter, Tel. 040 – 42839-2678

Fax 040 – 42839-2797; E-Mail: [pressestelle@bfi-a.hamburg.de](mailto:pressestelle@bfi-a.hamburg.de)

[www.innenbehoerde.hamburg.de](http://www.innenbehoerde.hamburg.de)

#### **sowie:**

Landeswahlamt, Asmus Rösler, Tel. 040 – 42839-1732

## Zahlen zur Bundestagswahl 2009 in Hamburg

- **1** Wahlbenachrichtigung für jede/n Wahlberechtigte/n
- **2** Stimmen hat jede wahlberechtigte Person
- **4** Bezirke suchen noch Wahlhelfer: Hamburg – Mitte, Altona, Hamburg – Nord, Harburg
- **5** Prozent der Stimmen müssen bundesweit erreicht werden, um bei der Verteilung der Sitze Berücksichtigung zu finden
- **6** Wahlkreise hat Hamburg
- **11** Parteien treten auf dem Stimmzettel mit einer Landesliste (Zweitstimme) an
- **12** wichtige Fragen beantwortet die neu gestaltete Wahlbenachrichtigung
- **13** Gramm wiegt eine Wahlbenachrichtigung
- **17.** August ist Beginn für die Ausgabe der Briefwahlunterlagen
- **30** Euro Aufwandsentschädigung erhält jede/r Beisitzer/in im Wahlvorstand
- **35.** Tag vor der Wahl ist Stichtag für die Aufnahme in das Wählerverzeichnis; Zu- und Fortzüge werden bis dahin automatisch berücksichtigt
- **77,5 %** betrug die Wahlbeteiligung in Hamburg bei der Bundestagswahl 2005
- **1.286** Wahllokale werden zur Bundestagswahl in Hamburg geöffnet
- ca. **26.000** Wahlberechtigte mehr in Hamburg als zur Bundestagswahl 2005
- **266.604,99** Euro Porto kostet der Versand der Wahlbenachrichtigungen
- **1.254.607** Wahlbenachrichtigungen begeben sich auf den Weg zu Hamburgs Wahlberechtigten

11. August 2009/bwa11

## **Senat beschließt „Haus des Waldes“ im Rahmen des Konjunkturprogramms II des Bundes**

Der Senat hat das Konzept der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Landesverband Hamburg e.V. (SDW) zur Realisierung des „Haus des Waldes“ beschlossen. Für den Bau des im Rahmen des Konjunkturprogramms II des Bundes geplanten Projektes wurden damit heute rechtzeitig die notwendigen Voraussetzungen geschaffen.

Der „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald“ wurde dafür ein 60-jähriges unentgeltliches Erbbaurecht an einer ca. 18.000 m<sup>2</sup> großen Fläche in der Gemarkung Niendorf unter der Bedingung überlassen, dass das „Haus des Waldes“ gebaut wird. Das Projekt selbst soll mit 4 Millionen Euro aus dem Konjunkturprogramm II des Bundes gefördert werden. Der zuständige Förster soll nach Fertigstellung der Baumaßnahmen in das Haus Bondenwald Nr. 108 einziehen. Dann wird auch die „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald“, Landesverband Hamburg e.V. das Gebäude als Pächter aufgeben und das Haus des Waldes beziehen.

Der Senat ist sich der Tatsache bewusst, dass eine gegen die Errichtung des „Hauses des Waldes“ erfolgreiche Bürgerinitiative in Eimsbüttel erwirkt hat, dass die Aktivitäten dadurch drei Monate lang ruhen werden. Wie der Senat nach einer wie auch immer gearteten Entscheidung des Bezirksamtes Eimsbüttel weiter verfährt, bleibt offen.

Mit dem „Haus des Waldes“ wird unter anderem die bestehende waldpädagogische Arbeit des SDW ausgeweitet und verbessert. Darüber hinaus soll das Bewusstsein für Fragen des Klimaschutzes und des Klimawandels gefördert werden.

### **Rückfragen:**

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: [pressestelle@bwa.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwa.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/bwa](http://www.hamburg.de/bwa)

12. August 2009/bwa12

## Fahrrinnenanpassung von Unter- und Außenelbe. Bund und Hamburg aktualisieren Zeitplan

Für die geplante Fahrrinnenanpassung von Unter- und Außenelbe bedarf es eines so genannten „Ausnahmeverfahrens“. Das haben die Auswertungen der Erörterungstermine und der vorliegenden Einwendungen und Stellungnahmen ergeben. Demnach ist nicht auszuschließen, dass die Elbvertiefung erhebliche Beeinträchtigungen von Gebieten im Sinne der europäischen „Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie“ mit sich bringt. Um die Realisierung der Elbvertiefung nicht zu gefährden, wird daher ein Ausnahmeverfahren durchgeführt. Dieses Verfahren bedeutet eine erneute Öffentlichkeitsbeteiligung und gegebenenfalls auch eine Beteiligung der EU-Kommission.

**Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee:** „Der Bund und Hamburg setzen sich mit Nachdruck für die Fahrrinnenanpassung von Unter- und Außenelbe ein. Wir werden jetzt dafür sorgen, dass die für das Ausnahmeverfahren erforderlichen Maßnahmen zügig und sorgfältig erarbeitet werden. Der Ausbau der seewärtigen Zufahrten ist für uns eine Aufgabe von nationaler Bedeutung. Für den Bund und Hamburg gilt weiterhin, dass der Planfeststellungsbeschluss für die Fahrrinnenanpassung der Unter- und Außenelbe schnellstmöglich, aber auch mit aller Sorgfalt erstellt werden muss. Die Entscheidungen der Planfeststellungsbehörden müssen einer gerichtlichen Überprüfung standhalten.“

**Wirtschaftssenator Axel Gedaschko:** „Die Umsetzung der Fahrrinnenanpassung muss schnellstmöglich im Interesse aller im Hafen Arbeitenden erreicht werden. Mir ist es wichtig, dass es einen verlässlichen Zeitplan gibt, der allen Beteiligten bekannt ist und auf den alle mit ihren Planungen aufbauen können. Gemeinsam rechnen wir nunmehr mit einem Planfeststellungsbeschluss im Herbst 2010. Dies ist für mich eine sehr schmerzliche Erkenntnis. Aber ich halte nichts davon, insbesondere Ausbauzeitpunkte immer wieder neu festzusetzen. Mir ist Klarheit und Verlässlichkeit wichtig. Daher möchte ich versichern, dass der Hamburger Senat die Bundesregierung nach allen Kräften unterstützen wird, damit das Verfahren so zügig wie möglich zum Abschluss gebracht und die Fahrrinnenanpassung so rasch wie möglich realisiert wird.“

### Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: [pressestelle@bwa.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwa.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/bwa](http://www.hamburg.de/bwa)

13. August 2009/bwa13

## Innovations- und Konjunkturförderung mit Laser

### Gründung des Laser Zentrum Nord (LZN)

Eines der umfangreichsten und wichtigsten Projekte des Konjunkturpaketes II des Bundes hat heute Wirtschaftssenator Axel Gedaschko in Hamburg gestartet: das in dieser Form bundesweit einmalige Laser Zentrum Nord (LZN) erhält eine Anschubfinanzierung von 13 Millionen Euro aus den Mitteln des Konjunkturpaketes II. Das Gebäude wird auf dem Gelände am Schleusengraben in Bergedorf entstehen.

Das LZN wird die Ergebnisse der Spitzenforschung im Bereich Lasertechnologie auch für kleine und mittlere Unternehmen in der Metropolregion einsetzbar machen: Es wird an Modellen von Produktions- und Fertigungslinien anwendungsorientiert geforscht und entwickelt. Unternehmen werden zum einen dabei unterstützt, die diese Modelle für ihren Bereich zu „kopieren“. Zum anderen werden auch Fachkräfte dafür ausgebildet, mit der innovativen Lasertechnologie umzugehen und in diesen neuen Dimension und Möglichkeiten zu denken. Das LZN berät bei Fragen entlang der gesamten Wertschöpfungskette: von der Konstruktion mit Lasern bis zur Qualitätssicherung.

**Wirtschaftssenator Gedaschko:** „Mit dem Laser Zentrum Nord schaffen wir in Hamburg Kompetenz in einer der innovativsten Zukunftstechnologien. Von dieser Kompetenz können ansässige Firmen profitieren, sie können wachsen und noch wettbewerbsfähiger werden. Der Technologietransfer ist zugleich ein Argument mehr für Unternehmen, sich am Innovationsstandort Hamburg neu anzusiedeln. Ich bin mir sicher, dass dieses Projekt, finanziert aus Mitteln des Konjunkturpakets II des Bundes, über die Bauphase hinaus Beschäftigung in der Metropolregion sichert.“

Aus Anlass der Gründung der Laser Zentrum Nord GmbH empfing Wirtschaftssenator Gedaschko heute Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik im Rathaus.

Geistiger Vater des LZN ist Professor Emmelmann von der TU Hamburg-Harburg (TUHH). Er hat die Idee eines Forschungsinstituts entwickelt, das nicht nur theoretisch arbeitet, sondern seine Forschungsinhalte an den Bedürfnissen vor allem der mittelständischen Wirtschaft

ausrichtet und gleichzeitig die Aus- und Weiterbildung der in den Anwenderfirmen Beschäftigten übernimmt.

**Professor Dr. Claus Emmelmann:** „Ich freue mich, dass wir endlich die Brücke zwischen Lasertechnologie und Industrie schlagen können und damit ein wichtiges Stück industrielle Zukunft in Hamburg gestalten.“

Die LZN – GmbH ist eine Tochter der TuTech Innovation GmbH, deren Anteile wiederum mehrheitlich von der TUHH gehalten werden.

**TUHH-Präsident Prof. Dr.-Ing. habil. Edwin Kreuzer:** "Mit der Gründung des Laser Zentrums Nord gibt die Technische Universität Hamburg-Harburg wieder einmal einen wichtigen Impuls für die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Metropolregion Hamburg. Neueste Erkenntnisse der Laserforschung werden im Zentrum in innovative Produktionsprozesse umgesetzt. Die Kombination von Entwicklung neuer Fertigungsmethoden und Schulung von Fachkräften an zukunftsweisenden technischen Verfahren ist entscheidend für den Technologietransfer in der Region.“

Dennoch handelt es sich nicht um ein klassisches staatliches Forschungsinstitut: Nach der öffentlichen Anschubfinanzierung wird die LZN wirtschaftlich selbständig arbeiten und sich über Forschungsaufträge und Kooperationsprojekte mit Unternehmen finanzieren. Die Wirtschaft wird also nicht nur passiver Nutznießer des LZN sein. Hauptsponsor ist die Hauni Maschinenbau AG, das Gründungsunternehmen des Körber-Konzerns. Hauni und andere Unternehmen der Gruppe nutzen heute schon Lasertechnik und sehen eine weiter wachsende Bedeutung dieser zukunftsweisenden Technologie.

**Körber – Vorstandsmitglied Gregor Rüth** dazu.: „Die Zusammenarbeit mit dem LZN ermöglicht uns anwendungsbezogene Forschung und Entwicklung in einer Zukunftstechnologie mit vielen Einsatzfeldern. Wir freuen uns sehr, dass es gelungen ist, diese Partnerschaft an unserem Unternehmensstammsitz in Hamburg einzugehen.“

Auch andere Firmen wie der Laseranlagenhersteller ROFIN SINAR Laser GmbH, Blohm+Voss GmbH, Airbus Deutschland GmbH (jetzt Airbus Operations GmbH), TRUMPF Laser- und Systemtechnik GmbH aber auch kleine Mittelständler haben bereits ihr aktives Interesse am LZN bekundet.

## **Die Technologie**

Die optischen Technologien und hier insbesondere die Lasertechnologie gehören unstrittig zu den innovativsten Zukunftstechnologien mit hohem Wachstumspotential. Neben den herkömmlichen Verfahren der Laserfertigung wurden zahlreiche neue Verfahren entwickelt zum Schneiden, Fügen, Abtragen und Beschriften mit Lasern. Allerdings ist ihre Umsetzung gerade für kleine und mittlere Unternehmen wegen der komplexen Produktionsprozesse und hoher Investitionskosten mit beträchtlichen unternehmerischen Risiken verbunden; die Anwendung neuer Lasertechnologien ist jedoch unverzichtbar zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit Hamburger Unternehmen. Von den Forschungsergebnissen des LZN werden besonders das Metallver- und bearbeitende Gewerbe, der Schiffbau, die Luftfahrt- und Automobilindustrie sowie die Medizintechnik profitieren.

### **Rückfragen:**

Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Jana Tiemann

Tel.: 040-42841-2239

Email: [pressestelle@bwa.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwa.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/bwa](http://www.hamburg.de/bwa)

14. August 2009/bwa14

## Neuer Liegeplatz für Kreuzfahrtschiffe in Altona wird in Betrieb genommen

### Termingerechte Eröffnung nach sieben Monaten Bauzeit

Morgen wird der neue Liegeplatz für Kreuzfahrtschiffe in Altona in Betrieb genommen. Als erstes Schiff wird die AIDAaura am instandgesetzten und verlängerten Edgar-Engelhard-Kai festmachen. Hamburg kann damit künftig mit zwei funktionsfähigen Kreuzfahrtterminals operieren. Die Queen Mary II macht morgen am Kreuzfahrtterminal Grasbrook fest, die AIDAaura zeitgleich am neuen Liegeplatz in Altona.

**Wirtschaftssenator Axel Gedaschko:** „Für Hamburg ist es von großer Bedeutung, dass der neue Liegeplatz für Kreuzfahrtschiffe pünktlich in Betrieb gehen kann. Mit dem neuen Liegeplatz kann sich Hamburg in der umkämpften Kreuzfahrtbranche noch besser etablieren. Für die hiesige Dienstleistungswirtschaft ergeben sich jetzt zusätzliche Verdienstmöglichkeiten. Und nicht zuletzt hat der Tourismusstandort Hamburg einen weiteren Anlaufpunkt. Es freut mich ausdrücklich, dass allen Bedenkenträgern zu trotz das Terminal rechtzeitig im vereinbarten Kostenrahmen in Betrieb genommen wird.“

Bis zu 50 Schiffe mit einer Länge von bis zu 300 Metern sollen jährlich an Hamburgs neuem Kreuzfahrtterminal festmachen. Die bisherigen Bauarbeiten verliefen ohne Zeitverzögerung oder Kostensteigerung. Zusammen mit dem Terminal am Grasbrook kann der Kreuzfahrtbetrieb insgesamt einen Betrag von 90 Millionen Euro an tourismuswirtschaftlichen Umsätzen für Hamburg erbringen. Hinzu kommen neue direkt mit der Kreuzschiffahrt verbundene Arbeitsplätze.

Die Bandbreite der Unternehmen dieser Wertschöpfungskette ist groß und reicht von Hafenbetrieben über Entertainmentbetriebe bis hin zu technischen Zulieferbetrieben. Die wirtschaftspolitische Bedeutung der Kreuzschiffahrt liegt daher weit über den bisher quantifizierten tourismuswirtschaftlichen Umsätzen.

Die in der Nachbarschaft des Terminals gelegenen Gewerbebetriebe freuen sich auf die positiven Auswirkungen der Kreuzschiffahrt. Viele versprechen sich ein Umsatzplus durch ankommende Gäste und Besucher. Die mitunter lärmintensiven Bauarbeiten der vergangenen Wochen wurden zuletzt nur noch nachts und unter strengen behördlichen

Lärmschutzauflagen durchgeführt. Darüber hinaus ist ein Zugewinn an Flair und Attraktivität des Viertels allgemein durch das Kreuzfahrterminal selbst zu erwarten.

**Gerd Drossel vom Hamburg Cruise Center e.V.:** „Die Nachfrage nach Kreuzfahrten ist hoch, der Markt wächst ständig. Mit der zusätzlichen Abfertigungsmöglichkeit für große Schiffe am CC II in einem niveauvollen Gebäude werden wir in der Lage sein Hamburg als Kreuzfahrtstandort weiter positiv zu vermarkten.“

Die Abfertigung findet zunächst noch in einem Provisorium statt. Das eigentliche Terminalgebäude befindet sich zurzeit in Planung, der Bauantrag ist bereits eingereicht. Im Sommer 2010 wird der Hochbau fertig sein.

**Rückfragen:**

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: [pressestelle@bwa.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwa.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/bwa](http://www.hamburg.de/bwa)

4. August 2009/bsu04

## 5 Millionen Euro für Lärmschutzfenster

### Neues Schallschutzprogramm für Wohnungen an lauten Straßen aus dem Konjunkturprogramm II

Ab sofort vergibt die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt (WK) in einem Sonderprogramm Zuschüsse für Schallschutzmaßnahmen an Hamburger Wohngebäuden, die an besonders lauten Straßen liegen. Die 5 Millionen Euro stammen aus Sondermitteln vom Konjunkturprogramm II des Bundes und stehen befristet bis Ende 2010 zur Verfügung. Neben der Entlastung lärmgeplagter Anwohner sollen damit auch das lokale und regionale Handwerk und Gewerbe in der gegenwärtigen Konjunkturkrise gefördert werden.

Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters: „Dieses Programm ist bereits im Hamburger Lärmaktionsplan vorgesehen. Mit Hilfe des Konjunkturprogramms können wir es früher umsetzen. Grundlage sind unsere Lärmkarten, aus denen wir besonders lärmbelastete Straßen identifiziert haben. Ich freue mich, dass wir mit den praktischen Lärmschutzmaßnahmen in Hamburg jetzt noch etwas schneller vorankommen als geplant.“

Gefördert wird der Einbau von schalldämmenden Fenstern und Außentüren in Wohn-, Schlaf- und Kinderzimmern sowie in Wohnküchen. Um Räume bei geschlossenen Fenstern ausreichend mit Luft zu versorgen, kann darüber hinaus auch der Einbau von schallgedämmten Lüftungsanlagen zum Beispiel in Schlafräumen und Einzimmer-Wohnungen gefördert werden.

Die Wohngebäude müssen an einer Straße mit besonderer Lärmbelastung liegen. Ausgenommen sind die Autobahnen, die in der Verantwortung des Bundes liegen und für die eigene Schallschutzprogramme gelten. Die Gebäudeseite, in der der Einbau der Fenster, Türen oder Lüftungsanlagen erfolgen soll, muss einem Lärmpegel von mindestens 70 dB(A) am Tag bzw. 60 dB(A) in der Nacht ausgesetzt sein.

Der Zuschuss beträgt 75% der Kosten, bis maximal:

- 450,- € pro m<sup>2</sup> Fenster- bzw. Türfläche
- 950,- € je Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung
- 400,- € je Lüftungsanlage ohne Wärmerückgewinnung

„Da das Programm bis Oktober 2010 befristet ist, sollte mit dem Antrag nicht zu lange gewartet werden. Maßgeblich für die Bewilligung ist die zeitliche Reihenfolge der Antragstellung.“, sagt Uwe Qualmann, Vorstandsvorsitzender der WK.

Antragsberechtigt sind die Eigentümer bzw. Erbbauberechtigten der Wohngebäude.

Natürlich können sich auch Mieterinnen und Mieter umfassend beraten lassen. **Wichtig: Eine Förderung ist ausgeschlossen, wenn vor einer schriftlichen Zustimmung der WK schon mit Baumaßnahmen begonnen worden ist.**

Mehr Infos zum Schallschutzprogramm der WK gibt es im Internet unter [www.wk-hamburg.de](http://www.wk-hamburg.de). Dort ist auch eine Liste der Gebäude aufgeführt, in denen der Einbau von Schallschutzfenstern und -türen sowie Lüftungsanlagen förderfähig ist. Infos am Telefon gibt es unter 040-248.46-463 oder -476.

**Kontakt:**

**Hamburgische Kreditanstalt für Wiederaufbau (WK)**

Hans-Ulrich Kell  
040-248 46 - 310  
[h-u.kell@wk-hamburg.de](mailto:h-u.kell@wk-hamburg.de)

**Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,**

Volker Dumann  
040-428 40 - 3249 oder - 3063, - 2051, - 2058  
[volker.dumann@bsu.hamburg.de](mailto:volker.dumann@bsu.hamburg.de)



12. August 2009/bsu12a

5. 9. – 4. 10. 2009

## Highlights im Herbst - das Programm-Magazin der Dritten Hamburger Zukunftswochen

Vom 5. September bis 4. Oktober finden wieder die Hamburger Zukunftswochen statt, diesmal noch größer und thematisch noch weiter gefasst. Sie werden am 4. September mit Umweltsenatorin Anja Hajduk morgens in der Wandelhalle des Hauptbahnhofs eröffnet. Um schon jetzt besser planen und auswählen zu können, ist ab sofort das kostenlose Programm-Magazin erhältlich. Hier findet man alles Wichtige zu den über 160 Veranstaltungen. Das Heft liegt in Kultureinrichtungen, Cafés, Bio-Supermärkten und den Behörden der Stadt aus und steht auch im Internet unter [www.hamburg.de/zukunftswochen](http://www.hamburg.de/zukunftswochen) zum Download zur Verfügung (Das Deckblatt ist als pdf-Datei angefügt).

Das Magazin stellt die Highlights der Veranstaltungsreihe vor, bietet praktische Hintergrundinformationen zum Thema Nachhaltigkeit sowie ein Preisrätsel mit tollen Gewinnen. Herzstück des Heftes ist ein umfangreicher, herausnehmbarer Veranstaltungskalender in Hosentaschenformat.

Höhepunkte der Zukunftswochen sind u.a. die Messe „BioErleben“ auf dem Rathausmarkt, Betriebsbesichtigungen in großen Hamburger Firmen unter dem Aspekt Umwelt- und Ressourcenschutz, die „Hamburger Klimawoche“ in der Europa-Passage und Filme wie „Home“ von Arthus-Bertrand („Die Erde von oben“) und „Let’s make money“ von Sven P. Ribeke. Dazu kommen Märkte, spezielle Hafentriften, Diskussionsveranstaltungen, Vorträge. Exkursionen und vieles mehr.

Kontakt:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, 040-428.40-3249, [volker.dumann@bsu.hamburg.de](mailto:volker.dumann@bsu.hamburg.de)

3. August 2009/bez03

## STÄRKEN-vor-Ort-Projekte in Neuwiedenthal starten

**Mit insgesamt zehn Projekten und einem Volumen von 80.000 Euro startet in der nächsten Woche das erste Förderjahr des Programms STÄRKEN vor Ort in Neuwiedenthal.**

Das Bundesprogramm STÄRKEN vor Ort ist ein Programm des Bundesfamilienministeriums und wird aus dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union kofinanziert. Das Programm sieht eine Förderung von Projekten und Maßnahmen zur schulischen und beruflichen Integration junger Menschen sowie zur Unterstützung von Frauen beim (Wieder-)Einstieg in das Berufsleben mit jeweils bis zu maximal 10.000 Euro vor.

Insgesamt wurden bis zum 19. Juni 2009 rund 40 vielfältige, kreative und teilweise sehr innovativen Projektideen beim Bezirksamt Harburg eingereicht. Die Auswahl erfolgte durch einen 24-köpfigen Begleitausschuss. Dieser setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern von im Fördergebiet ansässigen Trägern und Einrichtungen, der zuständigen Behörden und Ämter vor Ort sowie einer Reihe von aktiven Anwohnern und Anliegern zusammen. Die endgültige Auswahl der geeigneten Projekte fiel dem Begleitausschuss nicht leicht.

Bei den nun ausgewählten zehn Förder-Projekten, handelt es sich um eine ausgewogene Mischung von Maßnahmen mit unterschiedlichen Ansätzen und verschiedenen Zielgruppen, die zum Teil von professionellen Trägern, teilweise aber auch von kleinen lokalen Initiativen durchgeführt werden:

- Projekte zur Verbesserung der Schulbildung an Schulen aber auch Erweiterung der außerschulische Bildungsunterstützung für benachteiligte junge Menschen;
- Angebote zur Unterstützung von Schulabgängerinnen und Schulabgänger bei der Suche nach Ausbildungs- und Studienplätzen;
- Beratung und Sprachförderung für Mütter mit Migrationshintergrund;

gefördert durch:



- Förderung des Engagements und Erweiterung der sozialen Kompetenzen insbesondere von jungen Menschen durch kulturelle Aktivitäten und Initiativen (u.a. Theater- und Improvisationsspiel, Musik-Workshops etc.).

Die ausgewählten Projekte können nun ab sofort starten und werden bis längstens Ende Dezember 2009 gefördert. Für jedes der STÄRKEN-vor-Ort-Projekte übernimmt ein Mitglied des Begleitausschusses eine Patenschaft. Der Pate bzw. die Patin unterstützt die Projektträger mit Rat und Tat bei der Umsetzung und wird dem Begleitgremium über den Verlauf der Maßnahme berichten.

Eine Bilanz der Förderunde und Veröffentlichung erster Ergebnisse ist für Herbst 2009 geplant. Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen werden insbesondere für die nächste Förderrunde ab Januar 2010 Berücksichtigung finden.

Die Vorbereitung für die nächsten STÄRKEN-vor-Ort-Projekte läuft ebenfalls nach der Sommerpause an. Bereits Mitte September wird der Begleitausschuss die neuen Förderziele und

Maßnahmenswerpunkte des Programms in Neuwiedenthal für 2010 vorstellen.

Anschließend können sich alle Interessierten mit ihren Projektideen bis Ende Oktober 2009 um eine Förderung im kommenden Jahr bewerben. Antragsberechtigt für die Förderung sind Einzelpersonen, Initiativen, Vereine, Genossenschaften, Bildungs- und Maßnahmeträger, Wohlfahrtsverbände, Kirchengemeinden, örtliche Unternehmen, Wirtschaftsverbände etc. Voraussetzung ist, dass der Antragsteller rechtsfähig ist.

Auch Projektideen, die bereits in das Auswahlverfahren für dieses Jahr eingebracht aber durch den Begleitausschuss nicht berücksichtigt werden konnten, können in der neuen Förderrunde wiederholt vorgeschlagen werden.

#### Weitere Hintergrundinformationen:

Im Rahmen des ESF-Programms STÄRKEN vor Ort erhält der Bezirk Harburg Mittel in Höhe von insgesamt 300.000 Euro. Diese sollen für die Verbesserung der sozialen, schulischen und beruflichen Perspektiven von jungen Menschen in Neuwiedenthal eingesetzt werden.

Die Organisation und Durchführung des ESF-Programms STÄRKEN vor Ort erfolgt durch eine Koordinierungsstelle im Bezirksamt Harburg in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk CONNECTING EUROPE. Für Informationen und die Beratung von interessierten Projektträgern steht die Koordinierungsstelle gern zur Verfügung:

CONNECTING EUROPE  
Martin Roggenkamp  
Buntentorsteinweg 168  
28201 Bremen  
Tel.: 0421/ 9580370  
Email: [martin.roggenkamp@con-eu.de](mailto:martin.roggenkamp@con-eu.de)

Die Kontaktadresse der Projektleitung im Bezirksamt Harburg lautet:

Bezirksamt Harburg  
Fachamt Sozialraummanagement  
Karin Helberg-Scheimann  
Harburger Rathauspassage 2  
21073 Hamburg  
Tel.: (040) 428 71 - 2314  
Email: [Sozialraummanagement@harburg.hamburg.de](mailto:Sozialraummanagement@harburg.hamburg.de)

Mit STÄRKEN vor Ort knüpft das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend an das erfolgreiche Programm "Lokales Kapital für soziale Zwecke" (LOS) an. Im Rahmen des Programms stehen bis Ende 2011 für bundesweit 264 Fördergebiete insgesamt 116 Millionen Euro zur Verfügung (rund 99 Millionen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds sowie rund 17 Millionen Euro kommunale Kofinanzierung).

**Rückfragen:**  
Petra Schulz  
Bezirksamt Harburg  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Tel: (040) 4 28 71 40 10; Fax: (040) 4 27 907 888  
Mobil : 0175 435 39 59  
E-mail : [Petra.Schulz@harburg.hamburg.de](mailto:Petra.Schulz@harburg.hamburg.de)  
Internet: [www.hamburg.de/harburg](http://www.hamburg.de/harburg)

12. August 2009/bsg12

## Zusätzliche Leistung für bedürftige Schülerinnen und Schüler

**Zum neuen Schuljahr werden sie mit 100 Euro pro Schuljahr unterstützt**

Mit Beginn des Schuljahres 2009/2010 erhalten Schülerinnen und Schüler im Bezug von Sozialleistungen erstmalig eine zusätzliche Leistung für die Schule in Höhe von 100 Euro pro Schuljahr. Damit wird der besondere Bedarf für Unterrichtsmaterialien wie Schreib-, Rechen- und Zeichenutensilien erstmalig gesondert bedacht. Hamburgs Sozialsenator Dietrich Wersich: „Es ist gut, dass mit der neuen Leistung die besonderen Bedarfe beim Schulbesuch berücksichtigt werden. Ein guter Schulabschluss ist wichtig, um langfristig finanziell unabhängig zu sein. Die Schulpauschale ist deswegen der richtige Ansatz, um spätere Sozialleistungen zu vermeiden.“

### **Wer kann diese zusätzliche Leistung erhalten?**

Gefördert durch die sogenannte Schulbedarfspauschale werden Schülerinnen und Schüler bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres, die einen allgemein- oder berufsbildenden Schulabschluss anstreben und

- die selbst oder deren Eltern Leistungen nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II);
- dem SGB XII (Sozialhilfe) oder nach § 2 Asylbewerberleistungsgesetz beziehen;
- sowie Schülerinnen und Schüler, für die ein Kinderzuschlag erbracht wird (nach § 6a Absatz 4 Bundeskindergeldgesetz in Verbindung mit §§ 24a und 41 Absatz 1 Satz 5 SGB II).

Nicht berücksichtigungsfähig sind Schülerinnen und Schüler, die einen Anspruch auf Ausbildungsvergütung haben.

### **Wie erhalten die anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schüler die Leistung?**

Die Schulbedarfspauschale in Höhe von 100 Euro pro Schuljahr wird zu Beginn des Schuljahres in der Regel automatisch und ohne gesonderte Antragsstellung geleistet. Das heißt: Für Schülerinnen und Schüler, die zum 30. Juni des Jahres 6 Jahre und noch nicht 15 Jahre alt sind, muss der Schulbesuch in den meisten Fällen nicht gesondert nachgewiesen werden, da Schulpflicht besteht. Für ältere Schülerinnen und Schüler sowie bei frühzeitiger

Einschulung ist vor Auszahlung der Pauschale eine Bestätigung über den Schulbesuch erforderlich. Je nach Leistungsart ist folgendes zu beachten:

- Bei Schülerinnen und Schülern, die selbst oder deren Eltern SGB II-Leistungen beziehen, ist gegenüber team.arbeit.hamburg ARGE für SGB II, ein Nachweis über den Schulbesuch bei Einschulung (einmalig) und nach Beendigung der allgemeinen Schulpflicht jährlich erforderlich. Liegt dieser Nachweis vor, muss die Schulbedarfspauschale nicht gesondert beantragt werden (Näheres unter [www.team-arbeit-hamburg.de/deutsch/informationen/index.php](http://www.team-arbeit-hamburg.de/deutsch/informationen/index.php)).
- Bei Schülerinnen und Schülern außerhalb des schulpflichtigen Alters im Bezug von SGB XII (Sozialhilfe) und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ist gegenüber dem Grundsicherungs- oder Sozialamt Hamburg ein Nachweis über den Schulbesuch zu erbringen.
- Die Familienkasse Hamburg, die für die Zahlung der Kindergeldzuschläge zuständig ist, wird einen solchen Nachweis bei Bedarf automatisch bei den Eltern anfordern.

**Für Rückfragen der Medien:**

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Jasmin Eisenhut

Tel.: 42863-28 89

E-Mail: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de)

4. August 2009/bsb04

## TheaterSprachCamp 2009

### Rund 280 Hamburger Kinder starten in die Sprachferien

Rund 280 Kinder starten Anfang dieser Woche in die Sprachferien. In den nächsten drei Wochen wird den Drittklässlern ein vielfältiges Programm mit Theaterspiel und Freizeit angeboten, das gezielt ihre Sprachfähigkeit im Deutschen fördert. An acht Orten in Norddeutschland, in Schullandheimen oder Jugendherbergen an Nord- und Ostsee, an den Holsteinischen Seen oder in der Freiluftschule Wohldorf werden diese Sprachcamps vom Jugenderholungswerk organisiert.

Das TheaterSprachCamp wird seit dem Jahr 2007 angeboten und dieses Jahr von der Behörde für Schule und Berufsbildung mit 300.000 Euro gefördert. Deshalb können auch Kinder aus Familien mit geringem Einkommen problemlos teilnehmen. Lehramtsstudierende aus den Bereichen „Deutsch als Zweitsprache“ und „Darstellendes Spiel“ der Universität Hamburg sorgen für die Sprachförderung. Alle Studentinnen und Studenten wurden in einem gemeinsamen Seminar auf das TheaterSprachCamp vorbereitet und sind ausgebildete Jugendleiter. Zur Seite stehen ihnen erfahrene Freizeitpädagoginnen und -pädagogen des Jugenderholungswerks. Das Angebot richtet sich an Kinder mit besonderem Sprachförderbedarf. Die Erfahrungen der letzten Jahre sind sehr positiv. Die Kinder haben besonders im Lesen gute Fortschritte gemacht und waren im nächsten Schuljahr deutlich besser zum Lernen motiviert.

#### **Rückfragen:**

Brigitte Köhnlein  
Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung  
040.42863.2003  
0172.4247071  
[brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de](mailto:brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de)

13. August 2009/bsg13

## **Strahlenschutz für Minderjährige** **Solarienverbot für Kinder und Jugendliche gilt seit Anfang August**

**Zuviel Sonne ohne entsprechenden Schutz führt nicht nur zu einem schmerzhaften Sonnenbrand, sie fördert auch die Wahrscheinlichkeit von Hautkrebs. Die gilt auch für die künstliche Strahlung in Solarien. Besonders gefährdet sind dabei Kinder- und Jugendliche, da sie empfindlicher auf UV-Strahlung reagieren als Erwachsene. Zum Schutz der Minderjährigen gilt seit Anfang August nun ein Gesetz, das sie von der Nutzung von Solarien ausschließt.**

Zur Vorbereitung auf den Urlaub, zum Erhalt ihrer Urlaubsbräune oder um ihren Sonnenhunger an regnerischen Tagen zu stillen zieht es viele Hamburgerinnen und Hamburger in Sonnenstudios. Darunter sind auch immer wieder Jugendliche, die sich der Gefahren durch die künstliche Bestrahlung nicht bewusst sind. Zu deren Schutz vor der so genannten nichtionisierenden Strahlung ist am 4. August ein Gesetz in Kraft getreten, das Solarienbetreiberinnen und –betreibern untersagt, dass Minderjährige ihrer Sonnenbänke nutzen. Wer als Betreiber gegen das Verbot verstößt, kann ab dem 1. März 2010 mit einem Bußgeld von bis zu 50.000 Euro belegt werden. Weitere Anforderungen an die Qualität des Betriebs von Solarien sollen auf der Basis des Gesetzes in einer Verordnung konkretisiert werden, die derzeit vom Bundesumweltministerium erarbeitet wird.

„Als Gesundheits- und Jugendsenator, aber auch als Arzt, begrüße ich das neue Gesetz außerordentlich“, so **Senator Dietrich Wersich**. „Der Besuch von Solarien kann zu akuten Hautschädigungen führen, die auch langfristige Folgen bis hin zum Hautkrebs nach sich ziehen können. Diesen Risiken beugt das Gesetz vor. Es ist ein wichtiger Schritt im Kampf gegen die steigende Zahl von Neuerkrankungen an Hautkrebs. Ich appelliere an die Sonnenstudio-Betreiber, streng auf die Einhaltung der neuen Altersgrenze zu achten, da sie sonst ihre Betriebe gefährden.“

Eine Umfrage bei den Hamburger Hautarztpraxen im August 2007 hatte ergeben, dass Hautverbrennungen in Sonnenstudios häufiger vorkommen als ursprünglich angenommen und dass auch vielfach Jugendliche betroffen sind. Deshalb hatte sich Hamburg auf Bundesebene für ein gesetzliches Nutzungsverbot von Solarien für Jugendliche eingesetzt.

Allein in Hamburg erkrankten 2008 nach Angaben des Hamburgischen Krebsregisters schätzungsweise über 2200 Personen an den verschiedenen Hautkrebsarten. Deutschlandweit sterben pro Jahr etwa 2.300 Menschen am malignen Melanom, der gefährlichsten Hautkrebsart.

Der Gesetzgeber folgt mit dem Nutzungsverbot den Empfehlungen maßgeblicher internationaler und nationaler Institutionen. Erst kürzlich hatte die zur Weltgesundheitsorganisation (WHO) gehörende Internationale Krebsforschungsagentur (IARC), die Nutzung von Solarien als für den Menschen eindeutig krebserzeugend eingestuft. Demnach steigt das Risiko für Melanome der Haut um 75 Prozent, wenn vor dem Alter von 30 Jahren mit einer regelmäßigen künstlichen Bräunung begonnen wird. Frauen als die häufigsten Nutzer von Solarien tragen hierbei ein besonderes Risiko.

**Für Rückfragen der Medien:**

Rico Schmidt,  
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz;  
Tel: (040) 4 28 63 - 34 78,  
E-Mail: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de), Internet: [www.hamburg.de/bsg](http://www.hamburg.de/bsg)

14. August 2009/bsg14

## **Radeln für DRUGSTOP**

### **Team um Senator Wersich startet bei Cycloclassics am Sonntag**

**Am 16. August starten wieder die Hamburger Cycloclassics. Aktiv beteiligt ist in diesem Jahr auch ein spezielles "Suchtpräventions-Team", dem auch Gesundheitssenator Dietrich Wersich angehört. Das Team möchte durch die Teilnahme unter dem Motto "Breitensport ist der bessere Kick" auf attraktive Alternativen im Vergleich zum Suchtmittelkonsum hinweisen.**

„Zur Suchtprävention gehören neben Aufklärung und Verkehrskontrollen auch der Hinweis auf Alternativen“, so **Gesundheitssenator Dietrich Wersich**. „Radfahren gehört dazu, macht Spaß und ist gesund. Deshalb unterstütze ich persönlich gerne die Aktion von DRUGSTOP.“

Unter dem Slogan DRUGSTOP setzen sich insgesamt 16 Institutionen (Büro für Suchtprävention der HLS, Behörde für Inneres, Polizei Hamburg, Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG), Fahrlehrerverband Hamburg e.V., Landesbetrieb Verkehr, Verkehrswacht Hamburg e.V., Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr, Beratung für auffällige Kraftfahrer/innen Hamburg Nord e.V. Abstinenz-Fahren, TÜV SÜD Life Service GmbH, TÜV NORD AG, AVUS - Gesellschaft für Arbeits-, Verkehrs- und Umweltsicherheit, ADAC Hansa e.V., TÜV Hanse GmbH, PIMA-MPU GmbH) seit einigen Jahren für das Ziel einer alkohol- und drogenfreien Teilnahme am Straßenverkehr ein.

Die jährlichen Unfallstatistiken zeigen immer wieder, dass nicht alle Teilnehmer am Straßenverkehr die Trennung von Konsum und Fahren beherzigen. Das DRUGSTOP-Team hat sich vorgenommen, dem kreativ, sportlich und vor allem ohne Doping, Alkohol und Drogen - aber mit viel Spaß - entgegenzuwirken.

Das Projekt DRUGSTOP wendet sich direkt an Fahrschüler/innen. So genannte "Peers", geschulte junge Menschen, führen in Fahrschulen aufklärende Gespräche über Wirkungen, Motive und Folgen von Drogenkonsum im Straßenverkehr. Jede/r Fahrschüler/in wird auf die persönliche Verantwortung aufmerksam gemacht, und alle relevanten Fragen können im Gespräch unter Gleichen beantwortet werden. Dabei wird besonders auf anschauliche und

spielerische Methoden gesetzt. Die Gespräche knüpfen an den Alltagsvorstellungen der Teilnehmer/innen an und finden so zu unterschiedlichsten Problemstellungen Zugang. Zielsetzung ist, die zukünftigen Führerscheinbesitzer für die Botschaften und Regeln zu gewinnen und ihnen deutlich zu machen, dass jeder einzelne durch ein verantwortungsvolles Verhalten zu mehr Sicherheit beiträgt.

Das DRUGSTOP-Team bei den Cycclassics sind: Senator Dietrich Wersich (Präses der BSG), Hans-Dieter Gesewsky (Pastor), Frank Hagenow (AVUS), Sven Kammerahl (BSG), Peter Kellerer (Polizei Hamburg), Markus Holle, Colette See und Geronimo von Wendt (vom federführenden Büro für Suchtprävention).

Mike Große-Loheide, der Initiator von DRUGSTOP, ist zu unserem großen Bedauern am 15. Juli plötzlich verstorben (Für weitere Informationen siehe <http://www.suchthh.de/>). Das Team wird nach Absprache mit seiner Witwe das Rennen im Gedenken an Mike Große-Loheide bestreiten.

**Für Rückfragen der Medien:**

Rico Schmidt,  
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz;  
Tel: (040) 4 28 63 - 34 78,  
E-Mail: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de), Internet: [www.hamburg.de/bsg](http://www.hamburg.de/bsg)

3. August 2009/bwf03

## **Abschlussbericht der Online-Diskussion zur Uni-Bauentwicklung liegt vor**

### **Senatorin Gundelach bedankt sich für qualitativ hochwertige Beiträge/Ergebnisse fließen in Senatsentscheidung mit ein**

Im Rahmen des Diskussionsprozesses über die „Studie zur baulichen Entwicklung der Universität Hamburg“ hatte die Behörde für Wissenschaft und Forschung zu einer dreiwöchigen moderierten Online-Diskussion im Internet aufgerufen und damit die Grundlage für einen breiten Meinungs austausch über die bauliche Zukunft der Universität Hamburg geschaffen.

Der Abschlussbericht der Internetdiskussion, mit dessen Konzeption und Durchführung die TuTech Innovation GmbH beauftragt worden war, liegt jetzt vor und steht zum Download bereit. Auf 152 Seiten sind die wesentlichen Elemente der Diskussion, die Diskussionsergebnisse, sogenannte Themen-Wikis sowie die Protokolle der Live-Diskussionen dargestellt.

In den drei Diskussionswochen haben 4.644 Personen die Plattform besucht und 80.307 Seitenaufrufe getätigt. Die 221 registrierten Teilnehmer formulierten ihre Anregungen und Argumente in 756 Beiträgen, aus denen zwölf gebündelte Themen-Wikis entstanden. Sie reichen von der Auflistung zukünftiger Anforderungen für die Hamburger Universität über die Vor- und Nachteile der in der Studie benannten Standorte sowie die ungeklärten Risikofaktoren bis hin zu alternativen Planungsentwürfen für die Universität als auch die betroffenen Gebiete.

Im Mittelpunkt der Internetdiskussion stand dabei die Frage, welche Konsequenzen ein Umzug der Universität auf den Grasbrook sowohl für die Universität als auch die betroffenen Stadtteile haben würde. Während sich einige Teilnehmer klar für oder gegen einen Umzug aussprachen, wurde im Laufe der Diskussion aber auch nach Möglichkeiten eines Interessensausgleichs gesucht. Trotz der Vielfalt der in diesem Kontext angesprochenen Themen und Perspektiven entwickelte sich die Diskussion sehr zügig zu einer Kontroverse zwischen den Verfechtern des Erhalts der Universität am derzeitigen Standort im Grindelviertel und den Befürwortern eines Umzugs zum Kleinen Grasbrook.

Hierbei spielte es eine untergeordnete Rolle, ob es sich dabei einerseits um die Sanierung/Modernisierung oder den Abriss und Neubau vor Ort bzw. andererseits um den Umzug auf den Kleinen Grasbrook ohne Nutzung des südlichen O'Swaldkais oder die Einbeziehung des gesamten Kleinen Grasbrooks handelt.

So führten die Vertreter des Verbleibs der Universität am derzeitigen Standort eine Vielzahl an Gründen an, die aus ihrer Sicht für eine Sanierung oder einen Neubau der Uni im Grindelviertel sprechen. Genannt wurden z.B. die umfassenden Verkehrsverbindungen, die gewachsene lebendige und auf den Bedarf der Universität ausgerichtete Infrastruktur, weniger Belastung des öffentlichen Haushalts durch geringere und besser kalkulierbare Planungskosten und Umsetzungsdauer sowie die Vielzahl potentieller Erweiterungsflächen und den Bestand der für universitäre Nutzung vorbehaltenen oder gerade erst ökologisch sanierten Gebäude.

Sie bekamen Unterstützung von einer Gruppe von Teilnehmern, die für die Belange der Hafenwirtschaft eintreten. Diese vertraten die Meinung, dass die Fläche des Kleinen Grasbrook mit ihrem Wasserzugang unter keinen Umständen aufgegeben werden dürfe. So benötige der Hafen aus ihrer Sicht grundsätzlich alle potentiellen Hafenumflächen und andererseits fänden die derzeit dort angesiedelten Hafenbetriebe ein optimales Umfeld auf dem Kleinen Grasbrook vor, für das es keine geeigneten Ausweichflächen gäbe.

Die Befürworter des Umzugs auf den Kleinen Grasbrook dagegen machten Vorteile für die Ausstattung und internationale Bedeutung der Universität durch den neuen Gestaltungsspielraum geltend: moderne und nach neuesten Standards ausgestattete Neubauten an einem zentral und direkt an der Elbe gelegenen Standort. Dies böte ihrer Meinung nach eine große Chance, um die Hamburger Universität auch für internationale Wissenschaftler attraktiver zu machen und ihre Wettbewerbsfähigkeit sowie Spitzenforschung zu steigern. Der vorhandene Platz ermögliche nicht nur die Schaffung der im Zusammenhang mit Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge dringend benötigten zusätzlichen Räumlichkeiten, sondern auch die direkte Ansiedlung der aus der Universität hervorgehenden neuen und wissensintensiven Unternehmen. Sie sahen im Gegensatz zu den oben genannten Gruppen keine Probleme mit der Hafenumlage, da dieses Gebiet gemäß der Planungen der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt mittelfristig aus der Hafenumbindung entlassen werden solle und es bereits mehrere alternative Pläne für den Kleinen Grasbrook gegeben habe.

Um einen Interessenausgleich bemühte sich eine Gruppe von Teilnehmern, die für die Kompromisslösung eines Teilumzugs des naturwissenschaftlichen MIN-Campus von der Bundesstraße zum Kleinen Grasbrook eintraten. Hierdurch könnte für die dringend sanierungsbedürftigen Naturwissenschaften ein neuer und gut ausgestatteter technisch-naturwissenschaftlicher Campus auf dem Kleinen Grasbrook entstehen, der mit der bautechnischen HafenCity Universität sowie der Technischen Universität Hamburg-Harburg harmonieren und in das technisch-industrielle Hafenpanorama passen würde.

Gerade dieser Kompromiss wiederum wurde aber von manchen Teilnehmern vehement abgelehnt, da es bei der Modernisierung der Universität ihrer Ansicht nach insbesondere um eine bessere Verbindung der einzelnen Fachbereiche, gestärkte Interdisziplinarität und die Schaffung kurzer Wege gehen sollte. Dem würde der angedachte Teilumzug auf den Kleinen Grasbrook jedoch vollständig zuwiderlaufen.

Unter einigen Teilnehmern des Forums herrschte eine gewisse Skepsis gegenüber mehreren Punkten der Studie, die sie als ungeklärt und risikobehaftet ansehen. So erschien manchen Nutzerinnen und Nutzern der veranschlagte Bauzeitraum als zu optimistisch. Daran anknüpfend wurden von diesen Teilnehmern auch die veranschlagten Kosten für die Szenarien angezweifelt und als unrealistisch eingeschätzt.

Einig waren sich viele Teilnehmer hingegen darin, dass die Qualität der Universität nicht allein von Räumlichkeiten abhängt, sondern zu einem großen Teil auch von der Ausstattung mit Personal und Sachmitteln. Die Investition in Bildung und Forschung wurde von den meisten Nutzerinnen und Nutzern sehr begrüßt und als ebenso richtiges und wichtiges Signal gewertet wie die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger, Mitarbeitenden und Studierenden bei der Klärung der Frage nach der zukünftigen Entwicklung der Universität Hamburg.

**Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach:** „Mit der Präsentation der Entwicklungsstudie Ende März haben wir einen breit angelegten Diskussionsprozess in der Stadt gestartet. Wir wollten wissen: Wie stellen die Hamburgerinnen und Hamburger sich die Lage und Gestaltung einer zukunftsfähigen Universität Hamburg vor? Welche Meinung haben sie zur allgemeinen Entwicklung des Wissenschaftsstandorts Hamburg?

Das Online-Bürgerforum war ein Teil des Prozesses. Die Internetdiskussion hat dabei viele qualitativ hochwertige Beiträge hervorgebracht. Wir werden uns nun mit den vorgebrachten Argumenten und Standpunkten auseinandersetzen. Die Ergebnisse des Online-Forums

werden wie viele andere Anregungen und Vorschläge auch in die Senatsentscheidung mit einfließen.

Besonders danken möchte ich allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Online-Diskussion sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der TuTech Innovation GmbH. Sie haben zu einer interessanten und fruchtbaren Debatte beigetragen, in der die Vor- und Nachteile der vier Entwicklungsszenarien aus den jeweiligen Perspektiven ausführlich und kontrovers erörtert werden konnten. Trotz des zum Teil sehr emotionalen Engagements hat die Diskussion stets ein hohes inhaltliches Niveau gehalten, in dem die unterschiedlichen Positionen jeweils durch sachliche Argumente untermauert wurden.“

#### Diskussionsstruktur und -elemente:

Vom 6. bis 29. April 2009 konnten die Hamburgerinnen und Hamburger sowie alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sich auf der Internetplattform *www.zukunft-uni.hamburg.de* über die Ergebnisse der Entwicklungsstudie informieren, ihre Gedanken über die zukünftige Ausrichtung der Universität Hamburg äußern sowie mögliche Szenarien der dringend notwendigen baulichen Erneuerung diskutieren. Hierfür bot die Internetplattform unterschiedliche Beteiligungselemente an.

So konnten sich die Nutzer mit Hilfe des dargebotenen Informationsmaterials über die Studie und deren Ergebnisse sowie über stadtplanerische Maßnahmen der Stadt Hamburg als auch über die zugehörigen Chancen und Herausforderungen informieren. In fünf thematischen Foren konnten sie ihre Anregungen und Hinweise bezüglich der Universität und des Wissensstandorts Hamburg im Allgemeinen, der betroffenen Stadtteile Rotherbaum und Kleiner Grasbrook sowie der gesamtstädtischen Entwicklung einbringen und miteinander diskutieren.

Im Rahmen von vier zusätzlichen Live-Diskussionen hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, jeweils 90 Minuten lang direkt mit Experten ihre Fragen und Anregungen zu erörtern. Als Gesprächspartner standen zur Verfügung: Hamburgs Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach, der damalige AStA-Vorsitzende Benjamin Gildemeister und der CDU-Abgeordnete Rüdiger Kruse, Uni-Präsidentin Prof. Dr. Monika Auweter-Kurtz und Oberbaudirektor Prof. Jörn Walter sowie die Bezirksamtsleiter von Eimsbüttel und Mitte, Dr. Jürgen Mantell und Markus Schreiber.

Mit dem Online-Forum hat die Stadt auch das Ziel verfolgt, neue und innovative Formen der informellen Bürgerbeteiligung über das Internet zu fördern und damit die Strategien des E-Government fortzuentwickeln.

**Der Abschlussbericht steht auf den Seiten der Wissenschaftsbehörde und des Online-Portals zum Download bereit:**

[www.hamburg.de/bwf](http://www.hamburg.de/bwf), [www.zukunft-uni.hamburg.de](http://www.zukunft-uni.hamburg.de)

**Für Rückfragen:**

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs  
Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: [pressestelle@bwf.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwf.hamburg.de)

TuTech Innovation GmbH, Rolf Lührs,  
Tel.: 040 76629-6371, E-Mail: [luehrs@tutech.de](mailto:luehrs@tutech.de), [www.tutech.de](http://www.tutech.de)

4. August 2009/bwf04

## **HSBA Hamburg School of Business Administration erhält unbefristete staatliche Anerkennung**

### **Wissenschaftssenatorin Gundelach freut sich über hohe Qualität des dualen Studienangebots**

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat heute beschlossen, der HSBA Hamburg School of Business Administration die unbefristete staatliche Anerkennung zu erteilen. Er bescheinigt der HSBA damit eine hohe Leistungsfähigkeit in Lehre und Forschung und darüber hinaus ein stringentes Leitbild, ein klares Profil, ein durchdachtes Qualitätsmanagement und eine gute internationale Vernetzung.

Zuvor hatte der Wissenschaftsrat in einem aufwändigen Verfahren die an der HSBA erbrachten Leistungen in Lehre und Forschung sowie die dafür eingesetzten Ressourcen eingehend geprüft. Dazu gehörten eine Selbstprüfung der Hochschule im Jahr 2007 sowie eine Prüfung der Hochschule vor Ort durch den Wissenschaftsrat im Oktober 2008. Am 29. Mai 2009 hat der Wissenschaftsrat dann das Akkreditierungsverfahren zur HSBA positiv abgeschlossen, dabei forderte er eine noch größere Stärkung der akademischen Gremien.

**Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach:** „Ich beglückwünsche die HSBA und ihre Trägerin, die Handelskammer Hamburg, zur unbefristeten Anerkennung. Die vorangegangene erfolgreiche Akkreditierung durch den Wissenschaftsrat ist Gütezeichen für hochwertige Lehre und qualitätvolle Forschungsleistungen. Mit ihren auf Hamburgs Wirtschaft zugeschnittenen, dualen Studienangeboten erfüllt die HSBA eine wichtige Funktion in unserer Hochschullandschaft.“

**HSBA-Präsident Prof. Dr. Hans-Jörg Schmidt-Trenz:** „Für uns ist die unbefristete staatliche Anerkennung der Lohn für unser Engagement beim Aufbau der Hochschule der Hamburger Wirtschaft. Die HSBA hat sich in nur fünf Jahren zu einer starken Marke für eine praxisorientierte und anspruchsvolle Ausbildung entwickelt. Wir danken allen Kooperationsunternehmen, die uns auf diesem Weg begleitet haben.“

Die HSBA wurde im Jahr 2004 von der Handelskammer Hamburg als private Fachhochschule gegründet und vom Hamburger Senat zunächst befristet für fünf Jahre anerkannt. Wichtigste Hürde vor einer unbefristeten Anerkennung ist die institutionelle Akkreditierung durch den Wissenschaftsrat. Der von Bund und Ländern gemeinsam getragene Wissenschaftsrat hat die Aufgabe, Empfehlungen zur inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Wissenschaft, der Forschung und des Hochschulbereichs zu erarbeiten.

Die HSBA bietet zurzeit die dualen Bachelor-Studiengänge „Business Administration“, „Logistics Management“, „Media Management“ und „Shipping & Ship Finance“ an. Die Studierenden haben somit zwei Lernorte: die Hochschule und das jeweilige Unternehmen, mit dem sie einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben. Zum kommenden Wintersemester starten der HSBA M.A.-Studiengang „Global Management and Governance“ sowie der MBA-Studiengang „Business Administration and Honourable Leadership“. Für den „City Campus“ mit rund 500 Studierenden und 13 Professorinnen und Professoren ist eine bauliche Erweiterung bereits in Planung.

**Für Rückfragen:**

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs,  
Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: [pressestelle@bwf.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwf.hamburg.de)

HSBA Hamburg School of Business Administration, Katharina Kurt,  
Tel.: 040 36138-303, E-Mail: [katharina.kurt@hk24.de](mailto:katharina.kurt@hk24.de), [www.hsba.de](http://www.hsba.de)

4. August 2009/bwf04a

## **Neue Studiengänge sowie Verleihung akademischer Grade am Euro Business College (EBC) Hamburg Interdisziplinäre Wirtschaftswissenschaften und Wirtschaftspsychologie ergänzen das Angebot ab Oktober 2009**

Der Hamburger Senat hat heute dem Euro Business College (EBC) Hamburg, University of Applied Sciences, die Erweiterung des Studienangebots um zwei neue Bachelor-Studiengänge genehmigt. Der Hochschule wird zugleich das Recht verliehen, mit Abschluss der Studiengänge den akademischen Grad „Bachelor of Arts“ (B.A.) ohne Zusatzbezeichnung zu verleihen. Neu eingerichtet werden die Bachelor-Studiengänge „International Business Economics & Politics“ und „Business Psychology“.

Mit der Erweiterung des Lehrangebots erfüllt das EBC die für private Hochschulen geltende Vorgabe nach dem Hamburgischen Hochschulgesetz, eine Mehrzahl von Studiengängen anzubieten. Das EBC erwartet aufgrund eigener Marktrecherchen sowie zahlreicher Kontakte zu Unternehmen und internationalen Organisationen für die neuen Angebote ein attraktives Marktpotenzial.

**Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach:** „Die beiden neuen Bachelor-Studiengänge ergänzen das Bildungsangebot der Hamburger Hochschullandschaft in gelungener Weise. Mit der internationalen Ausrichtung der Studiengänge reagiert das EBC Hamburg auf die große Nachfrage von Unternehmens- bzw. Institutionsseite und schafft hervorragende Beschäftigungsperspektiven für die künftigen Absolventinnen und Absolventen.“

Der Studiengang „International Business Economics & Politics“ wurde entwickelt, um Studierenden praxisorientiertes Wissen und Fähigkeiten in verschiedenen zusammenhängenden Disziplinen zu vermitteln. Dazu gehören neben traditionellen wirtschaftswissenschaftlichen Lehrinhalten wie der Betriebswirtschaftslehre und Ökonomie auch Politik- und Rechtswissenschaft sowie Philosophie. Das Studium vermittelt den Studierenden daher neben den Grundlagen der Wirtschaftswissenschaften auch ganzheitliche Ansätze der strategischen Entscheidungsfindung in Unternehmen sowie Basiswissen der Politik- und Rechtswissenschaften in Verbindung mit ethischen

Grundprinzipien. Damit sind die AbsolventInnen auch und gerade für den Einsatz in multinationalen Organisationen gerüstet.

Vor dem Hintergrund der Globalisierung sind Human Resources Management, interkulturelles Marketing und interkulturelle Psychologie wesentliche Bestandteile des Studiengangs „Business Psychology“. Dazu gehören unter anderem auch die wichtigsten Facetten der Organisations-, Markt- und Konsumpsychologie. Das Studium orientiert sich dabei an den neuesten Standards innerhalb der europäischen Wirtschaftspsychologie. Aufbauend auf dem EAWOP Referenzmodell (WOP Advanced Certificate) werden Kenntnisse und Fertigkeiten in drei verschiedenen Bereichen erworben: Wirtschaftspsychologie, Arbeits- und Organisationspsychologie sowie Personalpsychologie. Zudem werden Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre und des Internationalen Managements (Global Business) unterrichtet. Fallstudien und Trainingseinheiten dienen darüber hinaus der Entwicklung der Managementkompetenzen im internationalen Kontext. In beiden Studiengängen sind Fremdsprachen Pflicht.

Am 1. Juli 2008 hatte der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg das Euro Business College (EBC) Hamburg zunächst für eine fünfjährige Probephase als private Fachhochschule staatlich anerkannt. Zum Wintersemester 2008/2009 begannen 115 Studienanfänger ihr Studium am EBC Hamburg. Weitere 69 Studierende, die im Wintersemester 2007/2008 mit den vorab durch die Akkreditierungsagentur FIBAA akkreditierten Studiengängen begonnen hatten, konnten nach bestandener Einstufungsprüfung in das dritte Semester der staatlich anerkannten Hochschule übernommen werden.

Das Euro Business College (EBC) Hamburg ist aus der Hamburger Fremdsprachen- und Wirtschaftsschule (HFS) hervorgegangen, die in diesem Jahr auf eine 75jährige Tradition in Hamburg zurückblickt. Das EBC Hamburg gehört der „Qualitätsgemeinschaft Euro-Schulen-Organisation (ESO)“ mit Sitz in Stockstadt am Main an. Die ESO ist einer der größten Zusammenschlüsse privater Bildungsträger in Deutschland.

#### **Für Rückfragen:**

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs  
Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: [pressestelle@bwf.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwf.hamburg.de)  
Euro-Business-College Hamburg (EBC), Johann Stooß,  
Tel.: 040 3233700, E-Mail: [info@ebc.hamburg.eso.de](mailto:info@ebc.hamburg.eso.de), [www.ebc-hamburg.de](http://www.ebc-hamburg.de)

5. August 2009/bwf05

## **3. Nacht des Wissens in Hamburg am 7.11.2009**

### **Wissenschaft und Forschung hautnah erleben - kostenlos!**

**Am Samstag, dem 7. November 2009, findet in Hamburg die 3. Nacht des Wissens statt. Fast 60 Hochschulen, Forschungsinstitute und andere wissenschaftliche Einrichtungen öffnen von 17.00 bis 24.00 Uhr ihre sonst für die Öffentlichkeit meist geschlossenen Türen und machen Wissenschaft zum Anfassen und Mitmachen erlebbar.**

**In diesem Jahr ist es erstmals gelungen, alle Veranstaltungen für die Besucher kostenfrei anzubieten!**

Hunderte von wissenschaftlichen Projekten, darunter Ausstellungen, spannende Vorträge und Diskussionen, Führungen, fesselnde Experimente oder Mitmach-Aktionen werden im breit gefächerten Programm der 3. Nacht des Wissens geboten. Von den Geisteswissenschaften über Sozialwissenschaften bis hin zu den Natur- oder Ingenieurwissenschaften sind alle Fachbereiche vertreten.

Besonders hervorgehoben werden in diesem Jahr Projekte für Nachwuchstalente, die Kinder und Jugendliche für Hamburgs spannende Wissenschafts- und Forschungsszene begeistern sollen. Neben vielen Hamburger Einrichtungen werden auch Institute aus der Metropolregion und aus Norddeutschland an der Nacht des Wissens teilnehmen und ihre Projekte bei Hamburger Partnern präsentieren.

Um die zahlreichen Schauplätze der Nacht des Wissens zu erreichen, steht den Besucherinnen und Besuchern ein kostenfreies Netz aus Shuttle-Bussen auf mehreren Sonderlinien zur Verfügung. Weitere Informationen über die Nacht des Wissens finden Sie auf der Website **[www.nachtdeswissens.de](http://www.nachtdeswissens.de)**. Hier steht auch ausreichend hochauflösendes Bildmaterial zu Ihrer freien Verfügung. Das vollständige Programm geht ab Ende September online.

#### **Für Rückfragen:**

Inferno Events GmbH & Co. KG  
Anne Hochstein  
Tel.: 040 4317959-0, Fax: 040 4317959-26  
E-Mail: [hochstein@infernoevents.com](mailto:hochstein@infernoevents.com)

Behörde für Wissenschaft und Forschung  
Timo Friedrichs  
Tel.: 040 42863-2322, Fax: 040 42863-3722  
E-Mail: [pressestelle@bwf.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwf.hamburg.de)

07.08.2009/bwf07

## **Sanierung und Neubau auf dem Schwarzenberg**

### **TU Hamburg-Harburg erhält Hauptgebäude mit Studierenden-Zentrum / Konjunkturprogramm II ermöglicht umfassende Lösung**

Die Technische Universität Hamburg-Harburg hat seit einem längeren Zeitraum einen erheblichen Raumbedarf, der durch die Bestandsbauten nicht abgedeckt werden kann. Ebenso fehlen ein zentrales Hauptgebäude sowie ein Kommunikationszentrum für die Studierenden.

Die Gespräche über die bauliche Erweiterung der TU Hamburg-Harburg sind jetzt einen entscheidenden Schritt vorangekommen. Die Freie und Hansestadt Hamburg plant, für die bauliche Erweiterung der TU Hamburg-Harburg die ehemalige Pionierkaserne auf dem Schwarzenberg zu nutzen. Das denkmalgeschützte Gebäude soll im Rahmen einer Grundsanierung und durch Einfügung eines Neubaus in eine durch Bombenschäden entstandene Baulücke für die TU Hamburg Harburg hergerichtet werden. Hierfür sollen auch Mittel aus dem Konjunkturprogramm II des Bundes eingesetzt werden.

Ein Realisierungsgutachten sowie eine erste Kostenschätzung liegen bereits vor. Demnach wird für das gesamte Vorhaben eine Zielgröße von rund 24 Mio. Euro angepeilt. Hiervon werden 10 Mio. Euro durch Mittel aus dem Konjunkturprogramm II abgedeckt, die verbleibenden 14 Mio. Euro werden durch Eigenleistungen der TU Hamburg-Harburg und durch Haushaltsmittel finanziert. So haben z.B. die Studierenden zugestimmt, dass ca. 5 Mio. Euro aus Studiengebühren bereitgestellt werden.

Als nächster Schritt sollen detaillierte Grundlagen für die Sanierung und den Neubau ermittelt und eine Kostenunterlage erstellt werden. Mit der Planung und Umsetzung des Vorhabens hat die Behörde für Wissenschaft und Forschung die Sprinkenhof AG beauftragt. Nach einer Ausschreibung wurde jetzt als Generalplaner die Arbeitsgemeinschaft aus den Firmen Obermeyer und GMP ausgewählt, die Architekten- und Ingenieurleistungen gleichermaßen einbringt.

Die TU Hamburg-Harburg wird durch die bauliche Erweiterung ein zentrales Hauptgebäude mit einem angemessenen Entree zum Campus erhalten. In dem Gebäude sollen das

studentische Lern- und Kommunikationszentrum, mehrere Hörsäle und Seminarräume sowie die Präsidialverwaltung untergebracht werden. Insgesamt werden 4600 qm Hauptnutzfläche zur Verfügung entstehen, davon rund 1000 qm für das studentische Lern- und Kommunikationszentrum, das sich über zwei Stockwerke erstrecken wird. Das studentische Zentrum wird sieben Tage die Woche geöffnet sein und so den Studierenden durchgehend zur Verfügung stehen.

**Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach:** „Ich freue mich sehr, dass es gelungen ist, eine gemeinsame Basis für die weitere Ausbauplanung zu finden. Die TU Hamburg-Harburg kann jetzt ein Gebäude erhalten, das den Anforderungen an eine moderne Hochschule gerecht wird. Das Hauptgebäude wird den Studentinnen und Studenten ein eigenes Zentrum bieten, für Besucher zu einer zentralen Anlaufstelle werden und darüber hinaus dringend benötigte Hörsäle und Seminarräume bereitstellen. Mit den Mitteln aus dem Konjunkturprogramm können wir die bauliche Lücke schließen und so den Raumbedarf der TU Hamburg-Harburg vollständig decken.“

**Erwin Kreuzer, Präsident der TU Hamburg-Harburg:** „Mit dem heutigen Tag ist unser Ziel, ein Hauptgebäude für die TUHH zu errichten und endlich dringend benötigten Raum für studentisches Lernen und die Lehre zu schaffen, in greifbare Nähe gerückt. Erfreulicherweise steigt die Zahl der Bewerber für ein ingenieurwissenschaftliches Studium an der TU Hamburg-Harburg weiter an. Die zusätzliche Fläche wird benötigt, um im Wettbewerb mit anderen deutschen Technischen Universitäten weiterhin bestehen zu können. Nun hoffen wir, dass die Bürgerschaft dieser Investition in die Hochschulausbildung junger Ingenieurinnen und Ingenieure zustimmt. Mit diesem Bauvorhaben wird die TUHH erstmals im Stadtbild sichtbar und erhält ein Eingangstor.“

Das Bauvorhaben wird in zwei Abschnitten ausgeführt, wobei zunächst der einzufügende Neubau ab Ende 2010 und danach die Grundsanierung erfolgen werden. Die Sprinkenhof AG wird zusammen mit den Generalplanern bis Ende 2009 weitere Grundlagen ermitteln und eine verlässliche Kostenunterlage erstellen. Anschließend soll das Vorhaben im Detail im Bezirk vorgestellt werden.

Die Befassung des Senats und der Hamburgischen Bürgerschaft mit dem Gesamtprojekt und seinen Kosten ist für Anfang 2010 vorgesehen. Die Grundsanierung soll im Jahr 2012 abgeschlossen werden.

Der architektonische Entwurf, auf dem das Gutachten beruht, wurde mit der Kulturbehörde und dem Denkmalschutzamt konsensuell abgestimmt. Ziel der Planung ist es, den denkmalgeschützten Gebäudebestand weitestgehend zu erhalten.

**Für Rückfragen:**

Pressestelle der Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs

Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: [pressestelle@bwf.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwf.hamburg.de)

Technische Universität Hamburg-Harburg, Jutta Katharina Werner

Tel.: 040 42878-4321; E-Mail: [J.Werner@tuhh.de](mailto:J.Werner@tuhh.de)

11.08.2009/bwf11

## **Wissenschaftsbehörde und Hochschulen unterzeichnen Memorandum zur Qualitätsverbesserung der Bologna-Reform (Hamburger Studienreform)**

### **Hochschulübergreifende Arbeitsgruppe soll Maßnahmenkatalog erarbeiten**

Im Rahmen des 1999 gestarteten Bologna-Prozesses wurden die gestuften Bachelor-/Master-Studiengänge auch in Hamburg eingeführt. Die Erfahrungen in der Hansestadt, aber auch erste überregionale Studien haben gezeigt, dass das neue Studiensystem an einigen Stellen weiter entwickelt werden muss. Dies betrifft vor allem die Fülle der Studieninhalte, die erhöhte Prüfungsdichte, die restriktive Anerkennungspraxis von an anderen Hochschulen erworbenen Studien- und Prüfungsleistungen, aber auch Aspekte, die die Mobilität der Studierenden berühren.

Vor diesem Hintergrund haben Hamburgs Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach sowie die Präsidien der sechs staatlichen Hamburger Hochschulen ein Memorandum zur weiteren Reform der Studiengänge unterzeichnet. Ziel dieses Hamburger Memorandums ist es, eine Reform der Reform zu initiieren: Die Studierbarkeit der Studiengänge soll verbessert, die Mobilitätsmöglichkeiten der Studentinnen und Studenten erhöht sowie die Berufsqualifikation von Bachelor-Abschlüssen optimiert werden.

Das Memorandum sieht dazu vor, dass die Behörde für Wissenschaft und Forschung (BWF) sowie die staatlichen Hamburger Hochschulen eine Arbeitsgruppe einrichten, um die zweite Phase des Bologna-Prozesses vorzubereiten. Aufgabe der Arbeitsgruppe ist es, bis Ende des Jahres die derzeitigen Problembereiche der Bachelor-/Master-Struktur zu identifizieren, Ziele für die weitere Studienreform zu definieren, Handlungsoptionen für die Hochschulen zu entwickeln sowie mögliche Maßnahmen festzulegen. Auf dieser Basis sollen die Hochschulen dann ihre Handlungskonzepte weiterentwickeln.

Die konkrete Umsetzung wird in Ziel- und Leistungsvereinbarungen zwischen der BWF sowie den Hochschulen festgehalten. Der Arbeitsgruppe gehören die Amtsleitung der BWF sowie

die für den Bereich Lehre zuständigen Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten der Hochschulen an.

**Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach:** „Der Bologna-Prozess hat zu einer überwiegend erfolgreichen Modernisierung der deutschen Hochschulen beigetragen. Mit großem Engagement haben die Hamburger Hochschulen in den vergangenen Jahren das Bachelor-/

Master-System implementiert und damit einen wichtigen Beitrag zur Studienreform geleistet. Der Reformprozess ist aber keineswegs abgeschlossen, sondern tritt in seine zweite Phase, in der es gilt, nachzusteuern und Defizite bei der bisherigen Umsetzung des Bologna-Prozesses zu beseitigen. Allerdings reicht es nicht aus, bestehende Studienangebote lediglich umzuetikettieren. Entscheidend sind eine Reform der Studieninhalte und damit eine Straffung und bessere Strukturierung der Curricula sowie eine Verbesserung der Studierendenbetreuung. Mit der Hamburger Studienreform wollen wir auch auf die Kritik der Studierenden am Bachelor-/Master-System eingehen. Nur so können wir die Umsetzung des Bologna-Prozesses in Hamburg zu einem erfolgreichen Abschluss bringen.“

**Prof. Dr.-Ing. habil. Edwin Kreuzer, Vorsitzender der Landeshochschulrektorenkonferenz:** „Für das deutsche Hochschulsystem bedeutet die Umstellung auf Bachelor und Master die wohl größte und tiefgreifendste Veränderung seit Wilhelm von Humboldt. Alle an den Hamburger Hochschulen am Prozess Beteiligten verdienen höchsten Respekt. Sie haben ohne zusätzliche Ressourcen diese immense Herausforderung angenommen und sehr engagiert neue Studienstrukturen entwickelt. Bei so umfassenden Reformen kann nicht immer alles glatt laufen, und es sind noch nicht alle Ziele, zum Beispiel die Steigerung der Mobilität, erreicht worden. Die Präsidien der staatlichen Hamburger Hochschulen setzen sich deshalb nachdrücklich für eine zielgerichtete Weiterentwicklung der neuen Studienstrukturen ein.“

Im Hamburger Memorandum erklären die BWF und die Hochschulpräsidien, an den Zielen des Bologna-Prozesses festzuhalten. Da diese bisher nicht alle erreicht sind, sollen mögliche Reformmaßnahmen unter fünf verschiedenen Gesichtspunkten erörtert werden:

#### **1. Stofffülle/Verbesserung der Studierbarkeit allgemein:**

- Entschlackung der Curricula

- Ausweitung der Wahl- bzw. Wahlpflichtbereiche
- Differenzierung der Regelstudienzeit
- Ausweitung von Mentoren-/Tutoren-Programmen
- Verstärkter Einsatz von E-Learning
- Generalisierte/vereinfachte Anerkennungsverfahren von Studien- und Prüfungsleistungen anderer Hochschulen (z.B. durch Vereinbarungen mit anderen Hochschulen) bzw. zur Anrechnung von außerhochschulisch erworbenen Kenntnissen/Fähigkeiten

## **2. Prüfungen:**

- Vergrößerung von Modulen und damit Verringerung der Prüfungsfrequenz
- Flexibilisierung der Prüfungspraxis: Prüfungen können unabhängig von bestimmten festgelegten Terminen nachgeholt werden
- „Liberalisierung“ der Regelungen zur Prüfungswiederholung

## **3. Schlüsselqualifikationen:**

- Ausbau des Bereichs der allgemeinbildenden und Methoden-Kompetenzen (ABK)

## **4. Berufsqualifikation:**

- Ausweitung von Praxiszeiten
- Berücksichtigung z.B. des BDA Kriterienkatalogs „Berufsbefähigung“ (oder anderer Berufsverbände)
- Duale BA-Studiengänge

## **5. Mobilität:**

- Einrichtung von „Mobilitäts-Fenstern“
- Bi-/trinationale Studiengänge (joint degree programmes)
- Vereinbarungen mit ausländischen Hochschulen zum Studierenden-Austausch

### **Hintergrund: Der Bologna-Prozess**

Ziel des Bologna-Prozesses ist es, bis zum Jahr 2010 einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum zu schaffen. Durch die Einführung eines gestuften Studiensystems aus Bachelor und Master mit europaweit vergleichbaren Abschlüssen, die Einführung und Verbesserung der Qualitätssicherung sowie die Steigerung der Mobilität im Hochschulbereich soll Europa stärker zusammenwachsen.

Die Umstellung der Studiengänge auf das zweistufige Bachelor-/Master-Studiensystem ist das bekannteste Ergebnis der Bologna-Reform. Der Bachelor soll bereits nach drei bis vier Jahren zu einem berufsqualifizierenden Abschluss führen, so dass der Berufseinstieg früher als bisher möglich ist. Vor allem aber soll das Studiensystem international kompatibel sein und damit die Grundlage für mehr Mobilität in Studium und Beruf bilden.

An den staatlichen Hamburger Hochschulen sind mittlerweile alle vorgesehenen Studiengänge auf das Bachelor-/Master-System umgestellt. Der Anteil der Studierenden in Hamburg in Bachelor-/Master-Studiengängen lag gemessen an der Gesamtstudierendenzahl im Wintersemester 2007/2008 bei 29 Prozent.

#### **Für Rückfragen:**

Pressestelle der Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs

Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: [pressestelle@bwf.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwf.hamburg.de)

10. August 2009/bksm10

## Alte Personenstandsbücher nun im Staatsarchiv zugänglich

### Neues Gesetz erlaubt Einsicht in Standesamtsregister

Mit der Novellierung des Personenstandsgesetzes zum 1. Januar 2009 durch den Bundestag sind die Standesamtsregister, deren Fortführungsfristen abgelaufen sind, zu Archivgut geworden. So werden seit Anfang des Jahres Ehe- und Partnerschaftsregister nur noch 80 Jahre, Geburtenregister 110 Jahre und Sterberegister für einen Zeitraum von 30 Jahren von den Standesämtern fortgeführt.

Dies bedeutet, dass die Hamburger Geburtenbücher von 1876 bis 1898, die Heiratsbücher aus den Jahren 1876 bis 1928 sowie die Sterbebücher aus dem Zeitraum 1876 bis 1978 seit Anfang des Jahres in die Obhut des Staatsarchivs übergegangen und dort einsehbar sind. Sie füllen rund 800 laufende Regalmeter im Staatsarchiv an der Kattunbleiche. Noch attraktiver für Genealogie-Interessierte sind Bücher aus den ehemals preußischen Gebieten, wie Altona Wandsbek oder Harburg. Sie liegen bereits ab dem Jahrgang 1874 - also zwei Jahre früher - im Staatsarchiv vor.

Alle Standesamtsregister-Bände, die im Staatsarchiv nun vorliegen, können seit dem 1. Juli im Lesesaal eingesehen werden. Von dieser Möglichkeit wird bereits rege Gebrauch gemacht. Nicht nur Behörden, Gerichte und direkt bestellte Nachlasspfleger erhalten jetzt Auskunft aus den Personenstandsbüchern. Sondern jeder kann selbst im Staatsarchiv nach seinen Vorfahren recherchieren.

Der Lesesaal des Staatsarchivs an der Kattunbleiche 19 (U-Bahn Wandsbek Markt) ist von montags bis freitags von 10 bis 16 Uhr und mittwochs von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Bei genealogischen Forschungen ist für einen Platz im Lesesaal des Staatsarchivs pro Tag eine Gebühr von € 3,10 zu entrichten (dies schließt die Vorlage von Unterlagen aus dem Magazin ein).

Für Rückfragen:

Ilka v. Bodungen

Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien

040 – 428 24 293

[ilka.vonbodungen@bksm.hamburg.de](mailto:ilka.vonbodungen@bksm.hamburg.de)



## Neuer Radwanderweg in der Metropolregion Hamburg

**Der Ilmenauradweg verbindet die Lüneburger Heide mit der Elbe – ein Förderprojekt der Metropolregion Hamburg.**

Der neue Radweg wird am 14. August offiziell eröffnet. Auf 120 Kilometern verbindet die Strecke an der Ilmenau und ihren Zuflüssen Gerdau und Stederau die Lüneburger Heide mit der Elbe. Der Ausbau des Radweges wird mit rund 39.000 Euro aus Fördermitteln der Metropolregion Hamburg unterstützt. Die Metropolregion Hamburg fördert jährlich kommunale Maßnahmen in Höhe von fast drei Millionen Euro, darunter viele touristische Infrastrukturmaßnahmen. Hierzu gehören ein Elbe-Aquarium und eine Biberfreianlage in Bleckede, die Erlebniswelt Landwirtschaft im Freilichtmuseum Kiekeberg sowie die Gestaltung des Eingangsbereiches der Burg Bodenteich.

Der Ilmenauradweg verläuft auf überwiegend asphaltierten, zum Teil auch naturbelassenen Wald- und Wirtschaftswegen von Bad Bodenteich über Uelzen, Bad Bevensen und Lüneburg bis nach Hoopte an der Elbe. Die gesamte Route verzeichnet nur wenige Höhenmeter, längere Steigungen sind nicht zu bewältigen. Sie ist damit ideal für Familientouren geeignet. Unterwegs vermitteln 31 Naturinformationspunkte auf kindgerechte Weise Wissenswertes zu wildlebenden Tieren und Pflanzen.

Die An- und Abreise kann bequem und umweltfreundlich mit öffentlichen Verkehrsmitteln erfolgen, der Metronom fährt im Stundentakt ab Hamburg nach Winsen, Lüneburg oder Uelzen.

### Rückfragen unter:

Geschäftsstelle der Metropolregion Hamburg  
Marion Köhler  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Telefon: +49(0)40 42831 2278  
E-Mail: [presse@metropolregion.hamburg.de](mailto:presse@metropolregion.hamburg.de)

[www.metropolregion.hamburg.de](http://www.metropolregion.hamburg.de)

## Terminkalender

Vom 13. August bis 22. August 2009

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

### Donnerstag, den 13.08.2009

**18:00** Handelskammer, Adolphsplatz 1  
Staatsrat Dr. Nikolas Hill spricht ein Grußwort anlässlich der **Eröffnung des Internationalen Sommerfestivals von Kampnagel Hamburg.**

Staatsrätin Carola von Paczensky nimmt teil.

### Freitag, den 14.08.2009

**18:00** Clausewitz-Kaserne, Manteuffelstraße 20, 22587 Hamburg  
Senatorin Dr. Herlind Gundelach nimmt als Ehrengast teil am **festlichen Abendessen mit Empfang und Serenade im Rahmen der 43. Sicherheitspolitischen Informationstagung der Clausewitz-Gesellschaft e.V.**

### Sonntag, den 16.08.2009

**07:50** Alsterglaci  
Senator Dietrich Wersich nimmt am **Jedermann-Rennen über 55 km der VATTENFALL Cycclassics** teil.

### Montag, den 17.08.2009

**09:30** Congress Center Hamburg, Marseiller Straße  
Staatsrat Bernd Reinert spricht ein **Grußwort anlässlich der Eröffnung des „XXIV. International Symposium on Lepton and Photon Interactions at High Energies – Lepton Photon 2009“.**

**18:00** Europa-Kolleg Hamburg, Windmühlenweg 27, 22607 Hamburg  
Senatorin Dr. Herlind Gundelach nimmt teil an der **Welcome Party der China-EU School of Law (CESL Summer School 2009) zu Ehren von 30 Studierenden aus Peking.**

**19:00** Hamburger Rathaus, Großer Festsaal  
Staatsrat Bernd Reinert spricht ein **Grußwort anlässlich des Senatsempfangs zur „Lepton Photon 2009“.**

### Dienstag, den 18.08.2009

**11:30** Rathaus, Bürgermeistersaal  
Senator Dietrich Wersich übergibt das **Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an Dorothea Dr. Wagner-Kolb und Wiebke Dürkop-Teigeler.**

**12:00** Horner Kreisel  
Bürgermeister Ole von Beust enthüllt ein **Stück der ehemaligen Berliner Mauer.**

**Mittwoch, den 19.08.2009**

**14:30** Berlin, Botschaft der Föderativen Republik Brasilien, Wallstr. 57  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann trifft den **neuen Botschafter der Föderativen Republik Brasilien, S.E. Everton Vieira Vargas**, zum Gespräch.

**Donnerstag, den 20.08.2009**

**16:00** Hotel Chemnitzer Hof, 09111 Chemnitz  
Senator Christoph Ahlhaus und Staatsrat Dr. Stefan Schulz nehmen am **20. und 21.08.2009 an der Innenministerkonferenz teil.**

**20:00** Hamburgische Staatsoper  
Staatsrat Dr. Nikolas Hill besucht die **Premiere „Carmen Flamenco“.**

**Freitag, den 21.08.2009**

**11:00** Bahrenfelder Chaussee 149, Foyer des Instituts für Laserphysik  
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein **Grußwort anlässlich der Grundsteinlegung für das Zentrum für optische Quantentechnologie.**

**11:00** Rathaus, Bürgermeistersaal  
Staatsrätin Carola v. Paczenski hält ein **Grußwort beim Senatsempfang für die Abschlussfeier der Sommerakademie 2009 der Internationalen Stiftung für Seerecht.**

**12:00** Rathaus, Phönixsaal  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann hält ein **Grußwort beim Senatsempfang anlässlich des 19. Festes der Nationen.**

**15:30** Bergedorfer Rathaus, Wentorfer Straße 38  
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich des **Sommerempfangs des Bergedorfer Rathauses.**

Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt teil.

**19:00** Alte Schlosserei der Aurubis AG, Hovestraße 50  
Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt am **Empfang der Aurubis AG und dem Konzert im Rahmen des Schleswig-Holstein Musik Festivals** teil.

**Samstag, den 22.08.2009**

**12:30** Rathausmarkt, Hamburg  
Senator Christoph Ahlhaus spricht ein **Grußwort beim diesjährigen Schützen- und Trachtenumzug des Hamburger Schützenverbandes e.V.**